

ISOR aktuell

Nr. 4/98 ★ Infopreis: 0,00 DM ★ Spenden willkommen ★ April 1998

Mitteilungsblatt
der Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Vorstand und Beirat berieten

Am 21. März fand in Berlin eine gemeinsame Beratung des Vorstandes und des Beirates statt. Einleitend gab der Vorsitzende Horst Parton eine Einschätzung der aktuellen Lage bei der Realisierung der satzungsgemäßen Ziele, insbesondere hinsichtlich der Beseitigung des verbliebenen Rentenstrafrechts. Er führte u. a. aus:

„Wir können davon ausgehen, daß die Mehrzahl unserer Mitglieder das öffentliche Auftreten unseres Vereins für die sozialen Belange der Menschen, die gegenseitige Hilfe bei der Bewältigung schwieriger Lebenslagen und den Kampf um soziale Gerechtigkeit einschließlich des Kampfes um Renten- und Versorgungsgerechtigkeit aktiv unterstützt und auch initiativreich handelt.“

Wir übersehen aber andererseits nicht, daß mit dem AAÜG-Änderungsgesetz ein Teil unserer Mitglieder ihre Belange als befriedet ansieht ... Nicht zu übersehen ist auch die Tatsache, daß bei den Mitgliedern, die nach dem AAÜG-Änderungsgesetz nach wie vor ausgegrenzt bleiben, sich teilweise Pessimismus breit macht.“

„So verständlich, wie dies ist“, führte Horst Parton aus, „darf es nicht zur Lähmung der Widerstandskraft gegen das Rentenstrafrecht führen. Gerade jetzt brauchen wir vor allem politisch noch größere Aktivität“.

Im weiteren ging er auf den Stand der Entscheidungsfindung des Bundesverfassungsgerichts ein. Er informierte über eine Anfrage des Vorstandes an die Präsidentin des BVerfG, Frau Prof. Dr. Limbach, und das Antwortschreiben des zuständigen Verfassungsrichters, Prof. Dr. Udo Steiner (ISOR aktuell berichtete darüber). Der derzeitige Sachstand läßt folgende Einschätzung zu:

- Unser Schreiben liegt bei dem sachlich zuständigen Richter auf dem Tisch.
- Das BVerfG wird vermutlich vor den Bundestagswahlen nicht mehr zu einer Entscheidung kommen.
- Es hat sich als zweckmäßig und richtig erwiesen, in unserem Schreiben auf inhaltliche Fragen nochmals aufmerksam gemacht zu haben. Wir betrachten das als Ergänzung unserer Stellungnahme, die dem BVerfG vorliegt.

Das BVerfG hat uns wissen lassen, daß man unter der Arbeitsnummer 31/98 eine Entscheidung zu sozialrechtlichen Fragen herbeiführen will. Im folgenden ging Horst Parton auf den Stand

der Proteste gegen das Rentenstrafrecht ein.

Mit der von der Vertreterkonferenz beschlossenen Protestoffensive wurde in allen Territorialen Initiativgruppen ein Schwung erzeugt, der nicht einschlafen darf. Immerhin mußte der

Zitat des Monats:

**„Nur die Sache
ist verloren,
die man aufgibt.“**

GOTTHOLD EPHRAIM LESSING

Petitionsausschuß ab Dezember 1997 bis März 1998 bereits fünfmal gegen die Kappung auf 0,7 EP Stellung beziehen. Daß er sich nur dazu imstande sah, das Petitionsverfahren abzuschließen, darf unsere Aktivitäten nicht beenden.

Jetzt kommt es darauf an,

- auch die zu mobilisieren, die bisher noch nicht geschrieben haben,
- an Stelle der Schreiber mit „abgeschlossenen Petitionsverfahren“ Petitionen durch mitbetroffene Ehefrauen schreiben zu lassen,
- die 0,7 EP mit umfangreichem Protest der Witwen dieses Personenkreises anzugreifen und
- auch die zum Protest gegen 0,7 EP zu aktivieren, die selbst seit Januar 1997 aus dem Rentenstrafrecht entlassen wurden. Ihr positives Ergebnis wurde auch durch den Kampf der 0,7-Bestraften mitbewirkt, so daß sie in der Solidaritätspflicht sind.

Erforderlich ist auch, daß sich die mit 1,0 EP Bestraften stärker zum Wort melden.

Der nach wie vor bestehende Massencharakter des Rentenstrafrechts macht auch die Fortfüh-

rung der Beschwerdeführung gegenüber dem UNO-Zentrum für Menschenrechte erforderlich. Neben den Gruppenbriefen kommt es jetzt darauf an, geeignete Kandidaten für ausführliche Individualbeschwerden auszuwählen, damit zum gegebenen Zeitpunkt genügend dafür vorhanden und Beschwerden in dieser Kategorie keine Eintagsfliegen sind.

Gleichzeitig werden wir einer Anregung der TIG Glauchau/Hohenstein-Ernstthal folgen und eine zentrale Erklärung von ISOR vorbereiten, die mit mindestens 10.000 Unterschriften untersetzt werden soll.

Der Vorstand bittet, darauf Einfluß zu nehmen, daß die örtlich angelaufenen Protestbewegungen im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit und den weiteren Sozialabbau durch die TIG aktiv unterstützt werden.

Vor einigen Tagen wurde im ND über den „Bochumer Ratschlag“ berichtet. Dem Aufruf zu einer großen Demonstration am 20. Juni in Berlin als Höhepunkt der Protestbewegung wird ISOR folgen. (Siehe Beilage) Unser Ziel ist, möglichst viele ISOR-Mitglieder nach Berlin zu bringen, die mit Plakaten und Transparenten unsere Forderungen nach Renten- und Versorgungsgerechtigkeit deutlich machen. Dazu wird beim Vorstand eine Arbeitsgruppe gebildet, die eng mit dem Koordinierungsrat zusammenarbeiten soll.

Dann wandte sich Horst Parton dem Stand der Realisierung der Bereitschaftserklärungen zu.

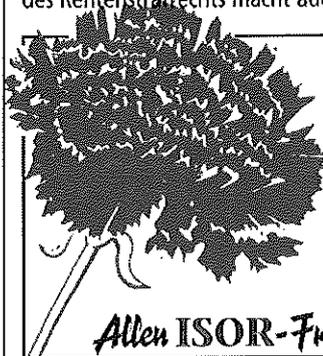
Er sprach allen Mitgliedern, die nach ihrer Entlassung aus dem Rentenstrafrecht durch einen Spendenbeitrag zur Stärkung des Vereins beigetragen haben, den Dank aus und rief alle Mitglieder, für die das zutrifft, dazu auf, ihrer Bereitschaftserklärung nachzukommen, damit der Verein auch künftig in der Lage ist, den kostenaufwendigen Kampf weiterzuführen.

In Vertretung des erkrankten Kassenwartes gab Klaus Gennermann eine Information über die Finanzwirtschaft 1997 und begründete den Finanzplan 1998. Weiter informierte er über den Stand der Realisierung der Bereitschaftserklärungen.

An der folgenden Aussprache beteiligten sich 13 Mitglieder von Vorstand und Beirat. Im folgenden daraus einige Gedanken:

Peter Fricker betonte die Notwendigkeit des höchst sorgsamsten Umgangs mit den Spendengeldern und nannte in Anlehnung an einen Vorschlag der TIG Strausberg drei Schwerpunkte

Fortsetzung auf Seite 2



**Für eine
neue Sozialpolitik!
1. Mai und 20. Juni 1998**

Allen ISOR-Freunden die rote Nelke zum 1. Mai!

Fortsetzung von Seite 1

te für ihre Verwendung: Erstens Finanzierung erforderlicher politischer und juristischer Maßnahmen im Kampf gegen Rentenstrafrecht und Versorgungsunrecht, zweitens die inhaltliche Gestaltung des Gemeinschaftslebens in unseren TIG sowie drittens die solidarische Hilfe für vom politischen Strafrecht Betroffene.

Gerhard Dylla ergänzte die Ausführungen Horst Partons durch einen Bericht über die Aktivitäten des „Kuratoriums der ostdeutschen Verbände“ für die Großdemonstration am 20. Juni in Berlin und informierte darüber hinaus über weitere vorgesehene Protestveranstaltungen, darunter den Ostdeutschen Kongreß am 16. Mai in Berlin zur Lage in Ostdeutschland und eine Kundgebung am 8. Mai in Treptow gegen den Verfall von Gedenkstätten der sowjetischen Armee.

Dietrich Richter konstatierte eine gewisse Versammlungsmüdigkeit nach dem Teilerfolg. Zugleich appellierte er an die Mitglieder, doch ihrer solidarischen Spendenverpflichtung nachzukommen.

Horst Bischoff berichtete über den Besuch bei einem in U-Haft befindlichen ISOR-Mitglied, den die solidarische Haltung von ISOR psychisch gestärkt hat.

Im Anschluß an die Beratung trat der Vorstand zur Entgegennahme des Berichtes der Revisionskommission zusammen. Er beschloß u.a.

- die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Koordinierung von Maßnahmen für die Kundgebung am 20. Juni, sowie
- den Finanzplan 1998.

Aus dem Vereinsleben

Am 11. März führte die TIG Weißwasser eine Versammlung mit Ehepartnern durch. Diese erstmalig so durchgeführte Versammlung, eingeleitet mit einer solistischen Darbietung durch die Enkelin eines Mitgliedes, fand allseits Anerkennung.

Der Vorsitzende von ISOR, Horst Parton, informierte über gegenwärtige Aktivitäten zur endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts. Die Mitglieder der TIG informierten über ein Schreiben an die Bundestagsfraktion der SPD, in dem sie ebenfalls die Forderung erhoben, für die Aufhebung aller rentenstrafrechtlichen Bestimmungen zu wirken.

Martin Schilbach



Von den Mitgliedern der TIG Pasewalk wurden 1997/98 eine Vielzahl Protestschreiben gegen das Rentenstrafrecht versandt, so u. a. an das UNO Zentrum für Menschenrechte, an die Politiker de Maiziere, Kohl und Herzog, an Bundesminister Blüm, die Petitionsausschüsse und die Sozialminister der Länder Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg und die Fraktions-

vorsitzenden der SPD und der CDU/CSU sowie an den CDU-Bundestagsabgeordneten Paul Krüger. Auch Nachbarn und Bekannte wandten sich an den Petitionsausschuß, um sich für die Beseitigung der Rentenstrafrechts einzusetzen. 1997/98 wurden 12 neue Mitglieder gewonnen.

Willi Berg



Eingeladen durch den Vorstand der TIG Forst (L) trafen sich die Mitglieder aus den Städten Forst und Döbern mit ihren Ehepartnern am 14. März zu einer gemeinsamen Dankeschönveranstaltung anlässlich des sechsjährigen Bestehens von ISOR.

In seinen Begrüßungsworten konnte der Vorsitzende E. Schaade eine positive Bilanz der erfolgreichen Arbeit im Kampf gegen das Rentenstrafrecht ziehen, der ohne das vertrauensvolle Mitwirken und Verständnis der Ehepartner nicht möglich gewesen wäre.



Gefunden in „Das Grundstück“, Journal des VdGN, Nr. 3/98

Alle Teilnehmer der Veranstaltung waren sich einig, daß auch künftig diese Form des Zusammenseins einen wesentlichen Teil des Vereinslebens ausmachen sollte.

W. Könncke



In unserer Mitgliederversammlung der TIG Glauchau/Hohenstein-Ernstthal am 19.2. haben wir auch die Aktivitäten zu den Petitionschreiben ausgewertet und die eingegangenen (Pauschal-) Antwortschreiben eingeschätzt ...

Die mehrheitliche Meinung unserer Mitgliederversammlung war, eine zentrale Erklärung mit Unterschriftenlisten vorzubereiten und die Unterschriftensammlung zum wirksamsten geeigneten Zeitpunkt - z. B. nach dem Urteil des BVerfG Karlsruhe oder sofort nach der Wahl zum neuen Bundestag - durchzuführen.

Der Unterschriftenleistung aller unserer Mitglieder und deren Angehörigen sowie der Unterstützung befreundeter Verbände, (die GBM

haben wir bei einer ähnlichen Aktion ebenfalls unterstützt) dürften wir doch sicher sein. Somit müßten doch mehrere zehntausend Unterschriften erreichbar sein?

Heini Blechschmidt



Viel Kleinarbeit haben die Freunde unseres Vorstandes und die Betreuer der TIG Berlin-Weißensee geleistet, um die Protestbewegung gegen das Weiterbestehen des Rentenstrafrechts bei ehemaligen Mitarbeitern des MfS zu forcieren. Ca. 40 Freunde haben sich mit ihren Forderungen an den Petitionsausschuß gewandt.

Um auch das Ausland auf die Verletzung von Menschenrechten ehemaliger DDR-Bürger in der BRD aufmerksam zu machen, haben wir am 2.3.98 eine „Beschwerde auf der Grundlage des 1503-Verfahrens des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO vom 27. Mai 1970“ an das UNO-Zentrum für Menschenrechte in Genf gerichtet,

die von 36 Freunden unterzeichnet und mit ihren Biographien untersetzt wurde. Unser Protest geht weiter.

Renate Rudolph

Bei anderen gelesen

Unter der Überschrift „Warten auf das höchste Gericht“ brachte das „Neue Deutschland“ am 17. März eine Übersicht von Prof. Dr. Ernst Bienert über die vergangenen sieben Jahre des Kampfes gegen Renten. Der Autor listet die Sachverhalte auf, gegen die sich die Widersprüche und Klagen der vom Rentenstrafrecht Betroffenen richten, und stellt fest, „daß das AAÜG dem Protest der Betroffenen nicht standhielt. Zunächst erfolgte 1993 eine Milderung der Rentenkürzung für 'staatsnahe' Personen. Wie zu erwarten, trat auch danach keine Ruhe ein. Im Bundestag selbst reichten PDS, später auch SPD und Bündnis 90/Die Grünen weitere Anträge zur Gesetzesänderung ein. Wenn auch diese

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

Anträge von der Regierungskoalition niedergestimmt wurden, konnte Ende 1996 eine erneute Gesetzeskorrektur nicht mehr verhindert werden – die aber wiederum auf halbem Wege stehen blieb...

Daß die Rentenkürzung für einen großen Teil der Betroffenen aufgehoben werden mußte, ist ein bedeutendes Teilergebnis im Kampf gegen das Rentenstrafrecht – das ohne den Widerstand Zehntausender Rentner und ihrer Interessensverbände nicht möglich gewesen wäre."

Bei der Fortführung des Kampfes gegen das Rentenunrecht gehe es insbesondere um Nachzahlungen für die Rentenkürzungen bis 1996, um die Rentenabzüge für ehemalige Angehörige des MfS sowie für sogenannte Funktions-träger der DDR mit Jahresgehältern ab 30 000 Mark. Zugleich richte sich dieser Kampf auch gegen die „Systementscheidung“, durch die alle Angehörigen von Zusatz- und Sonderversor-gungen ihre Ansprüche eingebüßt haben.

„Die Betroffenen fragen mit Ungeduld, wann nun endlich das Bundesverfassungsgericht zu all diesen Fragen eine Entscheidung treffen wird“, fährt der Verfasser fort und warnt in diesem Zusammenhang vor einem übertriebenen Optimismus. Mit Verweis auf die Antwort, die der Vorstand von ISOR e. V., aufgrund seiner Anfrage in dieser Sache vom Bundesverfassungsgericht erhielt, (s. ISOR aktuell Nr. 3/98) schließt Prof. Dr. Bienert:

„Es gibt keine andere Möglichkeit, als dieses Urteil abzuwarten. Sicherer ist es allerdings, am 27. September für andere Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag zu sorgen und eine Regierung an die Macht zu bringen, die von sich aus bereit ist, das AAÜG nochmals – dann hoffentlich letztmalig – zu ändern.“

W. G.

Es wächst zusammen ...

Am 02.02.1998 fanden sich auf Initiative der GBM Vertreter der GBM, der GMS (Gemeinschaft für Menschenrechte im Freistaat Sachsen), der GRH und von ISOR in Dresden zu einer gemeinsamen Beratung zusammen. Unter dem Motto

Auf uns alle kommt es an

beschlossen alle Anwesenden, künftig zusammenzuarbeiten, ohne die Eigenständigkeit der jeweiligen Gemeinschaft aufzugeben und vereinbarten folgendes:

- gegenseitiger Austausch von Informationen,
- Mitglieder und Interessenten der anderen Gemeinschaften zu Zusammenkünften einzuladen,
- angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl gemeinsame Forderungen an die in Dresdner Wahlkreisen aufgestellten Kandidaten der Parteien zu übergeben.

In den Forderungen heißt es unter anderem:

„Im fünfzigsten Jahr nach der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen fordern wir von den Kandidaten der Parteien, die 1998 für den Deutschen Bundestag kandidieren:

- gleiches Recht für alle Bürger in Ost und West, wie es das Grundgesetz und die Europäische Menschenrechtskonvention vorschreiben, Aufhebung rechtswidriger Berufsverbote und der nur für Ostdeutschland geltenden Sonderbestimmungen (eingeschränktes Rückwirkungsverbot, Verjährungsfristen), Festlegung einheitlicher Rentenwerte; ...
- Sicherung eines menschenwürdigen Lebens für alle durch eine soziale Grundsicherung, restlose Beseitigung des Rentenstrafrechts und des Versorgungsunrechts;
- Beendigung der politischen Strafverfolgung und der Diskriminierung von ehemaligen Bürgern der DDR wegen ihrer Verbundenheit zu ihrem Staat, Freilassung der nach politischer Strafverfolgung inhaftierten Gefangenen. ...“

Charlotte Staudte, Dresden



Die Initiativgruppe Renten des Seniorenrates der Stadt Halle verabschiedete detaillierte „Anmerkungen zum Rentenreformgesetz 1999/ Grundsatzfragen zu Rentenversicherungsleistungen“. Sie antworteten damit auf eine Stellungnahme des Petitionsausschusses zu einer vom Seniorenrat eingereichten Petition vom Dezember 1997. Dem Seniorenrat Initiativgruppe Renten gehören an Vertreter

- des Bundes der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen im Deutschen Beamtenbund (BRH),
- der ISOR - TIG der Stadt Halle,
- der Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)
- der Gewerkschaft der Polizei (GdP)
- der Volkssolidarität.



Auf Initiative des DGB - Kreis Dresden, gründeten am 09. 03. 1998 Vertreter von über 25 Verbänden und Vereinen Dresdens, darunter auch ISOR - TIG Dresden, das *Dresdner Bündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit*



Aus der Postmappe

Die Antwort des Blüm-Ministerium (ISOR aktuell 3/98, S. 2) ist halbfalsch, halbrichtig und deshalb ein Lügen-Argument.

Die Anschließ-Volkskammer hat manches unter Anleitung der Kohl-onialbeamten beschlossen, so auch die 990 Mark Rente für Mitarbeiter des MfS. Der Bundestag beschloß aber mit dem

RÜG, das am 1.1.92 in Kraft trat, diese Rente auf 802 DM zu kürzen, was das Innenministerium der BRD veranlaßte, diese bereits am 1.8.91 (rechtsstaatlich versteht sich) durchzusetzen. Die ganze Wahrheit aber ist, daß das Kohlkabinett bereits am 31.1.1990 (man beachte das Datum) beschloß, „wonach Mitarbeiter des MfS, aber auch führende Funktionäre und Regierungsmitglieder, künftig vom Bezug einer Rente der BRD ausgeschlossen sein sollen, die ansonsten Übersiedlern nach dem Fremdretenrecht zusteht.“ (Quelle: „Der Fischer Welt Almanach / Sonderband DDR“, Fischer Taschenbuch Verlag, Mai 1990, Frankfurt/Main, S, 228/229) Beschlossen also trotz Grundlagenvertrag und Monate vor dem Staatsvertrag, Einigungsvertrag und vor dem RÜG.

Drei bisherige Änderungen des RÜG sind das Eingeständnis der Verletzung des GG. Herr Kohl, der 15 Jahre die Richtlinien der Politik bestimmt, die ihm das deutsche Wirtschafts-, Bank- und Finanzkapital vorgibt, will wieder Kanzler werden. Sein CDU Abgeordneter im Bundestag Heinrich Lummer erklärt die Zusammenhänge so: „... wenn die Plenardebatten wirklich stattfinden, (sind) die eigentlichen Entscheidungen längst getroffen worden. Da wird dann herumalavert, aber im Hintergrund haben Koalition und Opposition ihre Meinung, – mal geschlossen, mal geteilt. Die Entscheidungszentren liegen wirklich woanders“. (ND,7.7.95)

Wie wahr!

Günter Bergmann, Königs Wusterhausen

Kassenhaß

Ein Mann, der eine ganze Masse
Gezahlt hat in die Krankenkasse,
Schickt jetzt die nötigen Papiere
Damit auch sie nun tu das ihre.
Jedoch er kriegt nach längerer Zeit
Statt baren Gelds nur den Bescheid
Nach Paragraphenziffer X
Bekomme vorerst er noch nix
Weil, siehe Ziffer Y,

Man dies und das gestrichen schon,
So daß er nichts, laut Ziffer Z
Beanspruchen weiter hätt.
Hingegen heißt, nach Ziffer A
Daß er vermutlich übersah,
Daß alle Kassen selbst in Nöten,
Den Beitrag leider stark erhöhten
Und daß man sich,
mit gleichem Schreiben,
Gezwungen seh, ihn einzutreiben.
Besagter Mann denkt, krankenkäblich,
In Zukunft ausgesprochen häßlich.

Eugen Roth 1895 - 1976

Der Vorstand dankt allen Spendern, die mit ihrer Zuwendung das Wirken der ISOR im Kampf um Rentengerechtigkeit und Beseitigung des Rentenstrafrechts unterstützen.

Die AG Recht informiert

Zu den Aufgaben eines Notars

Bei einer Reihe von wichtigen Angelegenheiten im Leben denkt man an den Notar. Man wünscht, ihn als unparteiischen und maßgeblichen Zeugen in eigener Sache, zu bemühen. Unsicherheit darüber, was er kann und was er kostet führen immer wieder zu Rückfragen auch an die Arbeitsgruppe Recht, auf die wir eine erste Antwort zur allgemeinen Kenntnis geben wollen.

Nach den Bestimmungen der Bundesnotarordnung ist der Notar als unabhängiger Träger eines öffentlichen Amtes für die Beurkundung von Rechtsgeschäften und anderen Aufgaben auf dem Gebiet der vorsorgenden Rechtspflege zuständig.

Im Unterschied zum Rechtsanwalt ist der Notar nicht Vertreter nur einer Seite, z.B. in einem Vertrag, sondern unparteiischer Betreuer aller Beteiligten. Die Auswahl eines Notars ist damit auch eine besondere Vertrauensfrage. Wer hat schon gern einen Notar, der die Interessen der Gegenseite mehr vertritt, als die eigenen.

Allgemein bekannt ist, daß der Notar Testamente beurkunden kann. Dies ist immer eine gute Voraussetzung dafür, daß die Erben auch dem im Testament ausgedrückten Willen folgen. Das gilt noch mehr für den Fall, daß ein Vertrag mit oder zwischen den Erben geschlossen werden soll. Hierbei berät der Notar insbesondere darüber, welche Formulierungen dem Willen des Verfügenden oder Erblassers am ehesten entsprechen.

Der Notar muß herangezogen werden, wenn Grundstücke gekauft oder verkauft bzw. Rechte an Grundstücken (z.B. Wegerecht, Hypotheken) vergeben oder erworben werden sollen. Solche Kaufverträge, Schenkungsverträge, Grundschuldbestellungen o. ä. sind nur wirksam, wenn sie von einem Notar beurkundet werden. Die Beurkundung beinhaltet neben dem Entwurf, Verlesen, Genehmigen und Unterschreiben der Urkunde auch die Belehrung über die rechtliche Tragweite der einzelnen Bestimmungen. Hierbei kommt der Unparteilichkeit des Notaramtes besondere Bedeutung zu. Auch die weitere Abwicklung der Grundstücksgeschäfte wird vom Notar betreut. Er verwaltet treuhänderisch die eingehenden Gelder bis sichergestellt ist, daß der Käufer das Eigentum wirklich und unwiderruflich erwirbt, und stellt die zum Vollzug des Vertrages notwendigen Anträge bei dem Grundbuchamt.

Der Notar beurkundet beispielsweise auch die

Gründung eines Unternehmens durch mehrere Gesellschafter und meldet dies im Handelsregister an. Dabei kommt es auf die Größe des Unternehmens nicht an. Auch wer sich aus der Arbeitslosigkeit in die Selbständigkeit flüchten will, kann den Notar nötig haben. Ebenso ist die Gründung eines Vereins und dessen Anmeldung im Vereinsregister vom Notar zu beurkunden. Unter den heutigen Verhältnissen kann es zweckmäßig sein, in einem Ehevertrag den Güterstand (z. B. Vereinbarung einer Gütertrennung) und die Folgen einer zukünftigen Ehescheidung (Zugewinnausgleich und Unterhalt) zu regeln, einen Schenkungsvertrag zu schließen usw. Immer wird der Notar des Vertrauens gebraucht. Deshalb kann jeder seinen Notar frei wählen.

Lesenswert ...

„Jahre im Frieden“ von WERNER ROTHE

Der Autor, Generalleutnant a. D., gibt dem Leser in seiner Biographie Einblick in sein bewegtes Leben, das er fast 42 Jahre in den bewaffneten Organen verbrachte. Er geht dabei nicht chronologisch vor, sondern berichtet über seine Tätigkeit in den verschiedensten Arbeitsgebieten. Schwerpunkt ist dabei seine Dienststellung als Stellvertreter des Chefs der Landstreitkräfte und Chef der Politischen Verwaltung. Er vertritt u. a. die Auffassung, daß es in der Armee eine bestimmte Eigendynamik gab. „... manche Prozesse der inneren Entwicklung, was die Ursachen ökonomischer Schwierigkeiten betraf, gingen an der Armee vorbei und waren auch zum Teil nicht bekannt.“ (S. 180)

Das Büchlein ist im GNN-Verlag Schkeuditz, ISBN 3-929994-85-2 erschienen, Preis: 24,80 DM.

Klaus Schroeter

Die Geschäftsstelle teilt mit:

Die Geschäftsstelle teilt mit:

All jene Mitglieder, die umziehen, möchten sich bei ihrem Kassierer abmelden, um sicherzustellen, daß sie in ihrer neuen TIG angemeldet werden können.



Achtung Neue Telefonnummern

AG Recht: (030) 29 78 43 18

AG Öffentlichkeitsarbeit und ISOR aktuell:
(030) 29 78 43 19

Von Mitglied zu Mitglied

Zwei Ferienwohnungen in Seebad Heringsdorf,
Liehrstr. 6 - ☎ 038378 - 22273



Ferienbungalows im Ostharz

☎ 034779 - 20268 oder 20254



Von Mitglied zu Mitglied

Ferienwohnung nördlich von Erfurt
(Fahnersche Höhe) ☎ 0177 - 2680502



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

HELMUT BECKER, Zettlitz
WERNER BEYER, Chemnitz
REINHARD BOLSCO, Neubrandenburg
GÜNTHER EICHHORN, Riesa
GÜNTHER ELSHOLZ, Rostock
ERWIN FISCHER, Berlin-Prenzlauer Berg
HEINZ GLÄSEL, Chemnitz
WOLF-HEINRICH GRESSEL, Berlin-Marzahn
GERDA GROEGER, Weimar
OTTO JAEKEL, Strausberg
HEINZ KANTE, Königs Wusterhausen
JACOB KARIUS, Berlin-Friedrichsfelde
WALTER KÜSS, Berlin-Marzahn
HEINZ MORITZ, Bützow
GÜNTHER NEEFE, Berlin-Friedrichshagen
SIEGFRIED PETRITZKI, Wismar
EGON RECHENBERG, Chemnitz
WERNER RÖTHING, Berlin-Friedrichsfelde
HORST RUNGE, Berlin-Hohenschönhausen
RICHARD SANDER, Guben
ERICH SCHATTSCHNEIDER, Berlin-Mitte
WALTER SCHINKMANN, Plauen
OTTO SCHWARZ, Glienicke
LISBETH SEIDLER, Berlin-Hohenschönh.
MARTIN SIEBER, Meißen
HELMUT STIELER, Hoyerswerda
IRMGARD STOCK, Halle
Peter Teßnow, Neubrandenburg
HEINZ WLADIMIROW, Erfurt
ECKHARDT ZÜHL, Berlin-Lichtenberg
Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr.: 171 302 0056, BLZ: 100 500 00

Geschäftsstelle der ISOR e.V.:

Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

29 78 43 18 - AG Recht

29 78 43 19 - Öffentlichkeitsarbeit

- „ISOR aktuell“

Fax: (030) 29 78 43 16

Post: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

Sprechstunden:

Dienstag und Mittwoch 9 bis 13 Uhr

Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Werner Wunderlich
o/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Druck: Druckerei Paulick, 10405 Berlin

Nicht wegwerfen! – Weitergeben! ★ ★ ★ Nicht wegwerfen! – Weitergeben!

Heraus aus der Zuschauerdemokratie!

Aufstehen für eine andere Politik

Aktionsbündnisse von Arbeitslosen, GewerkschafterInnen, Studierende, Basisgruppen, Kircheninitiativen und den TrägerInnen der Erfurter Erklärung rufen auf zur

Großdemonstration am 20. Juni 1998 in Berlin

Es kommt etwas in Bewegung in Deutschland. Arbeitslose finden sich nicht mehr damit ab, ausgegrenzt zu werden, sondern beginnen, selber zu handeln. Gewerkschaften mischen sich wieder in die Politik ein, weil sie sich ihre erkämpften Rechte nicht länger zerstören lassen wollen, während die Gewinne der Kapitalbesitzer explodieren. Proteste richten sich gegen Bildungs- und Kulturabbau, gegen Eingriffe in den Umweltschutz, gegen die Demontage der Sozialversicherung. Die Kirchen erinnern sich ihrer vorrangigen „Option für die Armen“ und mahnen in ihrem gemeinsamen Sozialwort „Solidarität und Gerechtigkeit“ an. Viele sagen:

„Bis hierher und nicht weiter“,
wie es die ERFURTER ERKLÄRUNG 1997 formulierte.

Seit mehr als 15 Jahren betreibt die kapitalliberale Koalition in Bonn den Abbau der sozialen Demokratie, und sie mißbraucht die deutsche Einheit zu verstärkter Umverteilung von unten nach oben. Aber nun platzen die Versprechungen. Die Einsicht wächst, daß ihre Politik uns und die nachkommenden Generationen mit untragbaren ökonomischen und ökologischen Folgekosten belastet:

- Statt 7 Millionen Arbeitssuchenden Möglichkeiten zu sinnvoller Arbeit für das Gemeinwohl zu geben, treibt die verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik immer mehr Menschen in die Arbeitslosigkeit.
- Statt die im Grundgesetz garantierte Sozialpflichtigkeit des Eigentums national und international durchzusetzen, spaltet diese Politik die Gesellschaft: Chancen, Einkommen und Vermögen werden extrem ungleich verteilt. Den Benachteiligten und Behinderten werden die Sozialleistungen gekürzt oder sogar gestrichen. Inzwischen lebt jedes dritte Kind von Sozialhilfe. Perspektiven schwinden, Existenzängste wachsen.
- Statt die BürgerInnen an Entscheidungen stärker zu beteiligen, werden die Grundrechte zunehmend eingeschränkt. Von den Ursachen der sozialen Misere lenkt sie ab, indem sie die Opfer und Betroffene gegeneinander ausspielt. Arbeitslose und Erwerbstätige, Ost- und Westdeutsche, Frauen und Männer, Junge und Alte, Deutsche und Ausländer. Vor allem Flüchtlinge werden zu Sündenböcken gemacht.

So muß es nicht weitergehen! – So darf es nicht weitergehen!

Geld ist genug da in Deutschland. Aber Reichtum und Macht konzentrieren sich in den Händen Weniger, während immer mehr Frauen, Männer und Kinder verarmen.

Auch Arbeit wäre genug da, wenn technischer Fortschritt nicht im Interesse des Kapitals einseitig zur Rationalisierung genutzt würde. Der erwirtschaftete Reichtum muß vorrangig dazu dienen, notwendige Arbeit zu finanzieren.

Gerechtigkeit ist die Hauptaufgabe der Politik. Wir brauchen die Umkehr der Politik zu Reformen, die den Namen verdienen.

Wir fordern:

● **Neue, gerechte Verteilung der Arbeit**

Durch weitere Arbeitszeitverkürzung bei angemessenem Lohnausgleich muß der technische Fortschritt den Beschäftigten und Arbeitslosen zugute kommen. Neue Arbeit muß geschaffen werden, die gesellschaftlichem Nutzen und ökologischer Nachhaltigkeit verpflichtet ist. Die Agrarpolitik muß bäuerliche Landwirtschaft schützen. Erhalt der Bodenreform, keine Wiederherstellung von Großgrundbesitz. Aktive Beschäftigungspolitik ist auch ohne Wirtschaftswachstum möglich.

● **Soziale und ökologische Steuerreform**

Die Steuerpolitik muß dem sozialen Ausgleich und dem ökologischen Umbau der Wirtschaft dienen. Steuerflucht des Kapitals und gegenseitiges Steuerdumping der Regierungen müssen durch nationale und internationale Politik bekämpft werden. Bedarfsorientierte soziale Sicherung setzt voraus, daß die großen Vermögen sozialpflichtig gemacht werden und das Solidaritätsprinzip gestärkt wird.

● **Gleiche Bildungschancen**

Weil Bildung kein Privileg der Reichen werden darf, müssen nach jahrelangem Finanzabbau die Mittel für Ausbildungsförderung erhöht werden, Firmen dürfen sich nicht vor Ausbildungspflichten drücken. Eine Kürzung der Studienzeiten und eine Einführung von Studiengebühren lehnen wir als Lösung ab.

● **Demokratie**

Wir brauchen eine Zivilgesellschaft der Vielfalt, antifaschistisch und tolerant, in der alle gleichberechtigt an Demokratie teilhaben. Nicht länger dürfen acht Millionen Menschen, nur weil sie keinen deutschen Pass haben, von den Bürgerrechten ausgeschlossen bleiben. Wer in Deutschland seinen Lebensmittelpunkt hat, muß politisch mitreden und mitentscheiden dürfen.

● **Eine neue Friedenspolitik und eine neue Weltwirtschaftsordnung**

Für die Bewahrung des Friedens brauchen wir keinen Eurofighter. Aus der Bundeswehr darf keine offensive Truppe gemacht werden, die für wirtschaftliche Interessen weltweit eingesetzt werden kann. Weil durch die Globalisierung von Finanzmärkten und Konzernen die nationalstaatlichen Instrumente der Währungs-, Zins- und Haushaltspolitik betroffen sind, werden internationale Vereinbarungen über eine sozial und ökologisch orientierte Weltwirtschaftsordnung um so dringlicher.

Ein neuer Kanzler genügt nicht! Wir wollen eine neue Politik!

Schluß mit der Selbstentmachtung der Politik zugunsten der Wirtschaft!

Schluß mit der Mißachtung der Lebensinteressen der Menschen zugunsten des Profits!

Schluß mit der Diskriminierung durch Armut!

Schluß mit dem Abbau demokratischer Rechte!

Das sind Aufgaben über den Wahltag hinaus – Aufgaben, die alle unsere Kräfte erfordern. Eine neue Politik, die Arbeit und soziale Gerechtigkeit schaffen soll, läßt sich nicht allein mit einem Kreuzchen auf dem Stimmzettel herbeiführen. Sie braucht Antrieb durch eine starke und widerstandsfähige außerparlamentarische Bewegung, die auf das parteipolitische Spannungsfeld von SPD, Bündnis90/die Grünen und PDS für einen Politikwechsel einwirkt. Von den Oppositionsparteien erwarten wir nicht gegenseitige Stigmatisierung und Ausgrenzung, nicht eine Fortsetzung der neoliberalen Politik, sondern einen Bruch mit ihr.

Tretet heraus aus der Zuschauerdemokratie!

**Kommt zur bundesweiten Großdemonstration
am 20. Juni 1998 in Berlin**